
Dritte Kraft ohne Macht?

Zwischen Krise der Volksparteien und Wirtschaftskrise: Die FDP im neuen Fünfparteiensystem

Majid Sattar

I. Einleitung

Eigentlich dürfte es die FDP gar nicht mehr geben. Als die Partei 1998 die Macht im Bund verlor, war dies nur der Schlusspunkt einer Entwicklung, die Mitte der achtziger Jahre begonnen hatte. Damals hatte sie es sich im Bund an der Seite der Union bequem gemacht und nahm die Grünen, diese kleine, versponnene Sonnenblumen-Partei, die 1983 in den Bundestag eingezogen war, nicht sonderlich ernst. 1985 aber wurden die Alternativen, wie sie seinerzeit noch genannt wurden, in Hessen zur Regierungspartei an der Seite der SPD. Die Grünen nahmen nun unter ihrem ersten Minister und Frontmann Joschka Fischer ihren langen Lauf durch die Illusionen auf und lösten in den neunziger Jahren die FDP mehr und mehr als dritte Kraft im Parteiensystem der Bundesrepublik ab.

1994 war ein Tiefpunkt in der Geschichte der FDP erreicht: Im so genannten Superwahljahr hagelte es nur so an Wahlniederlagen, die Partei flog aus acht Landesparlamenten, scheiterte bei der Europawahl und bei der Bundestagswahl wurde sie erstmals von den Grünen überrundet. Sie war im Begriff, ihre Funktion als Mehrheitsbeschafferin zu verlieren. Mehrheitsbeschafferin, dieser zeitgenössische Be-

griff traf die wahre Rolle der FDP in der alten Bundesrepublik nie so recht: Tatsächlich besaßen die Freien Demokraten im westdeutschen Dreiparteiensystem das Monopol, darüber entscheiden zu können, wer regiert. Dies wies ihr jahrzehntelang eine wichtige Korrektivfunktion sowohl in sozialliberalen als auch in christlich-liberalen Regierungen zu. Nun aber drohte sie überflüssig zu werden. Nach dem rot-grünen Wahlsieg 1998 stellten einige Politikwissenschaftler und Journalisten die Frage, ob es die FDP über kurz oder lang überhaupt noch geben werde. Und auch in der Partei selbst ging die Angst um. Opposition bedeute mittelfristig den Tod der Partei – dieser Glaube war unter den Funktionären stark verbreitet und gründete sich auf die Erfahrung aus den sechziger Jahren, als die FDP während der Großen Koalition nicht mitregierte und 1969, nach dem Wendemanöver Walter Scheels hin zu Willy Brandt, fast an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert wäre.

Nach dem Machtverlust 1998 begann eine Phase der Neuorientierung, die Machtkämpfe sowie zahlreiche strategische Irrungen und inhaltliche Wirrungen enthielt. Diese wurde im Grunde erst 2004 beendet. Seither kann die Partei unter ihrem Vorsitzenden Guido Westerwelle zwar auf Stimmenzuwächse bei Wahlen in allen Gebietskörperschaften verweisen, auch darauf, dass die einstige „Dame ohne Unterleib“ wieder in fast allen Landtagen vertreten ist, dass sie in fünf bevölkerungsreichen Flächenstaaten mitregiert, und schließlich darauf, dass sie – anders als die Volksparteien – Mitglieder gewinnt und nicht verliert. Doch befindet sich die Partei auf Bundesebene im elften Jahr in der Opposition. In dieser Zeit hat sich das Parteiensystem fundamental verändert: Die Krise der Volksparteien und die Erfolge der neuen Linkspartei im Westteil der Republik haben zur Entstehung eines Fünfparteiensystems beigetragen, in dem Mehrheiten jenseits der Großen Koalition nur in Dreierkonstellationen wahrscheinlich sind. Westerwelle wird 2009

zum dritten Mal Spitzenkandidat seiner Partei sein. Dies wird ihn, was künftige Regierungsbündnisse anbelangt, sehr flexibel machen.

II. Identitätssuche in der Opposition: Die FDP nach 1998

Obwohl sich die FDP nach dem Krisenjahr 1994 personell mit dem Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt und dem Generalsekretär Westerwelle sowie programmatisch mit den stark neoliberal geprägten „Wiesbadener Grundsätzen“ erneuerte und sich etwa in der Steuerpolitik gegenüber dem großen Koalitionspartner zu profilieren suchte, war sie nicht in der Lage, den gegen sie laufenden Trend umzukehren. 1998 wurden die Liberalen erstmals nach 29 Jahren auf die Oppositionsbank verwiesen – und es erwies sich, dass viele Abgeordnete, die ihre FDP quasi als Staatspartei begriffen, gar nicht wussten, was sie dort zu tun hatten. Vier Lager, die sich teils ideologisch, teils personell voneinander abgrenzten, fochten seinerzeit über den Kurs der Partei:

- Die Konservativ-Liberalen um den Parteivorsitzenden Gerhardt und den ehemaligen Vizekanzler Klaus Kinkel, die den Status quo verteidigten, die FDP auch in der Opposition als natürlichen Partner der Union sahen und mit dem baldigen Scheitern des rot-grünen Experiments rechneten.
- Die im Freiburger Kreis organisierten Linksliberalen um Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die nach ihrer zwischenzeitlichen Marginalisierung nunmehr recht lautstark eine neoliberale Verengung ihrer Partei beklagten, die sich ihrer Meinung nach im Grundsatzprogramm von 1997 manifestierte. Machtpolitisch strebte dieser Flügel eine Öffnung zur SPD an. Unterstützt wurden die „Freiburger“ ironischerweise vom Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, dem Vater der Wende von

1982, der CDU und CSU schon Mitte der neunziger Jahre ausgezehrt sah und der FDP neue Optionen verschaffen wollte.

- In Nordrhein-Westfalen ermunterte Genscher zudem seinen politischen Ziehsohn Jürgen Möllemann, auf ein Bündnis mit den Sozialdemokraten hinzuarbeiten, zumal in Düsseldorf mit Wolfgang Clement ein Ministerpräsident regierte, mit dem es eine recht große inhaltliche Schnittmenge gab und der sein Regierungsbündnis mit den Grünen selbst nur schwer erträglich fand. Zwischen den Aktivitäten des nordrhein-westfälischen Landesverbandes unter Möllemann und dem Anliegen der Freiburger gab es für kurze Zeit eine strategische Schnittmenge. Machtpolitisch blieben es freilich zwei Blöcke.
- Zunächst völlig unabhängig von Genscher und Möllemann versuchte auch Guido Westerwelle, der Generalsekretär der Partei, nach 1998 die FDP als eigenständige Kraft und nicht als „Oppositionspartner“ der Union zu profilieren, scheiterte mit seinen Vorstößen aber im Präsidium immer wieder. 1999 trafen Westerwelle – unterstützt von recht heterogenen Kräften (den Jungen Liberalen, Hermann-Otto Solms, dem früheren Fraktionsvorsitzenden, sowie dem Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff) – und Möllemann einen Nichtangriffspakt: Der eine möge seine Aktivitäten auf den Bund, der andere auf Nordrhein-Westfalen ausrichten. Im Sommer 2000 verbündeten sich beide kurzzeitig gegen das alte Establishment der Bundespartei.

Der Richtungsstreit in der FDP wurde letztlich zu einem Machtkampf, in dem Westerwelle – von Möllemann halb unterstützt, halb getrieben – seinen Parteivorsitzenden Gerhardt herausforderte. Mit dessen Sturz vor dem Düsseldorfer Bundesparteitag im Frühjahr 2001 waren indes nicht alle Fragen über den Kurs der Partei beantwortet, weil sich

bereits ein abermaliger Machtkampf anbahnte – zwischen dem neuen Parteivorsitzenden Westerwelle und Möllemann, dem Vorsitzenden des größten Landesverbandes.

Möllemann war zwischenzeitlich in Düsseldorf Erstaunliches gelungen: Er hatte die FDP nach Wiedererlangung des Landesvorsitzes Mitte der neunziger Jahre als eine am Boden liegende, außerparlamentarische Gruppierung vorgefunden und mit annähernd zehn Prozent in den Landtag von Düsseldorf geführt. Strategisches Konzept war das so genannte Projekt 8, das vor allem vom früheren FDP-Bundesgeschäftsführer Fritz Goergen (ehemals Fliszar) entwickelt worden war. Dieses war auf dem Düsseldorfer Parteitag als Projekt 18 offiziell zur Strategie der Bundespartei erhoben worden. Es beinhaltete folgende Punkte:

- Die FDP sei nicht mehr Teil eines politischen Lagers, sondern eine unabhängige, eigenständige politische Kraft. Nach Genschers Wendemanöver von 1982 hatte sich die FDP Mitte der achtziger Jahre unter ihrem Vorsitzenden Martin Bangemann einer Lagertheorie verschrieben: hier schwarze und gelbe Bürgerliche, dort rote und grüne Linke. Aus Sicht von Möllemann und Westerwelle hatte die Partei damit eine ganze Generation an die Grünen verloren. Dieses Denken in festen Lagern wollten beide nun aufbrechen.
- Die FDP spreche nicht eine bestimmte Gesellschaftsschicht oder Einkommensgruppe an, sondern sei eine „freie demokratische Volkspartei“ (Möllemann) beziehungsweise eine „Partei für das ganze Volk“ (Westerwelle). Letztere Formulierung sollte sich später durchsetzen, da der Begriff Volkspartei als belastet empfunden wurde; man wolle alle Leistungsbereiten umwerben, aber nicht eine Partei der Beliebigkeit werden. Einig waren sich Westerwelle und Möllemann darin, dass das Image der FDP als „Partei der Besserverdienenden“ ganz erheblich zur Krise der Partei Mitte der neunziger Jahre beigetragen

hatte und ihr den Ostteil der Republik, in dem sie nach der deutschen Vereinigung so hoffnungsvoll gestartet war, über Jahre verschlossen hatte.

- Ziel der Partei sei nicht nur Bestandserhalt beziehungsweise Wachstum, sondern die Rückeroberung der strategischen Stellung als dritte Kraft. Die symbolische „18“ für die angestrebten 18 Prozent ergab sich aus der Übertragung aus dem Projekt 8 aus NRW, wo die Partei ihre Stimmzahl verdreifacht hatte, auf die Bundesebene, wo sie zuletzt rund sechs Prozent der Stimmen errungen hatte.
- Ausdruck der Befreiung aus den Lagern sollten eigene Ministerpräsidentenkandidaten und Kanzlerkandidaten sein. Dieses anfangs nur von Möllemann geforderte Instrument wurde zunächst von Westerwelle und dem Rest der FDP abgelehnt, vor allem weil die Partei darin den Ausdruck der eigentlichen bundespolitischen Ambitionen Möllemann erkannte. 2002, als Westerwelle das „Amt“ für sich reklamierte, sprach sich fast die gesamte Partei dafür aus.

Rückblickend ist das Scheinamt eines FDP-Kanzlerkandidaten Ausdruck der Hybris einer Partei, die das „Projekt 18“ nie ohne die Spendenaffäre der CDU hätte verfolgen können. Inhaltlich krankte die Strategie ohnehin an fehlender Masse. Von Westerwelle wurde es vor allem mit Elementen der Spaßpolitik für die junge, erfolgreiche Internetgeneration gefüllt, von Möllemann dann vor allem mit populistischen Tönen und antisemitischen Ressentiments im Fall Karsli. Der Antisemitismusstreit, der kurz vor der Bundestagswahl 2002 in der Flugblatt-Affäre gipfelte, machte eine sicher geglaubte Regierungsbeteiligung der FDP zunichte. Am Ende der Aufarbeitung der Affäre, die mit dem Selbstmord Möllemanns im Frühsommer 2003 ihren traurigen Höhepunkt erreichte, wurde das Projekt 18 begraben.

III. Rückkehr ins bürgerliche Lager: Die Bundestagswahl 2005 und ihre Folgen

Die FDP war nach der Bundestagswahl anderthalb Jahre mit sich selbst befasst – und zwar in einer Zeit, in der Deutschland wirtschafts- und sozialpolitisch grundlegend reformiert wurde. Als Gerhard Schröder im Frühjahr 2003 die Agenda 2010 verkündete, wurde die kriselnde FDP, die sich in den neunziger Jahren als programmatische Avantgarde betrachtet hatte, gänzlich auf dem falschen Fuß erwischt. In den Debatten des Landes fand sie gar nicht statt. Drei Faktoren trugen dazu bei, dass die FDP bis zur Bundestagswahl 2005 ihren Weg zurück ins bürgerliche Lager fand:

1. Die SPD war im Bundestagswahlkampf 2002 zur alten Lagerlogik zurückgekehrt. Gerhard Schröder legte seinerzeit – wegen des Antisemitismusstreits in der FDP und des eigenen amerikakritischen Irak-Wahlkampfes – sein Schicksal in die Hände der Grünen und unterließ so letztlich die Unabhängigkeitskampagne der FDP.
2. Vom Sommer 2003 an verfestigte sich das Verhältnis zwischen Westerwelle und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. Beide sahen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung für den Mai 2004 die Chance, einen bürgerlichen Bundespräsidenten durchzusetzen und so ihre eigene umstrittene Stellung in ihren jeweiligen Parteien zu stärken. Beides gelang ihnen mit dem Coup, der mit dem Namen Horst Köhler verbunden ist. Beide, Merkel und Westerwelle, sprachen seinerzeit von einem Signal für die Bundestagswahlen.
3. Schließlich beförderte auch die Verfassung der SPD, die sich nach dem Durchpeitschen der Agenda 2010 in inneren Flügelkämpfen zerrieb und von der ostdeutschen PDS sowie der westdeutschen Neugründung WASG in die Zange genommen wurde, das alte Lagerdenken. Unter Franz Müntefering, der 2004 von Schröder den SPD-

Vorsitz übernommen hatte, rückte die Partei rhetorisch wieder nach links. Als Müntefering und Schröder im Mai 2005, nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, ankündigten, Neuwahlen im Bund anzustreben, war binnen weniger Stunden klar, dass es zur Konfrontation Schwarz-Gelb gegen das linke Lager kommen würde.

Die FDP hatte sich in der Zwischenzeit programmatisch nach einer Phase der Schockstarre, in die sie angesichts der rot-grünen Reformpolitik verfallen war, aufgerafft und – ähnlich wie die CDU auf dem Leipziger Parteitag – versucht, die Agenda 2010 nicht als Schlusspunkt, sondern allenfalls als Beginn einer erforderlichen sozioökonomischen Erneuerung Deutschlands zu deuten. Anders als die CDU beließ es die FDP bei punktuellen Alternativentwürfen zur Agenda 2010 und verwies ansonsten auf ihre „Wiesbadener Grundsätze“. Unter Westerwelle und dessen neuen Generalsekretär Dirk Niebel sowie dem Finanzexperten Hermann-Otto Solms wurden für deutsche Verhältnisse radikale Ziele in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik sowie auf dem Felde der Gesundheitspolitik formuliert. Ein Reformprogramm aus einem Guss gab es nicht. Heute sind die „Wiesbadener Grundsätze“ inhaltlich überholt. Das wird auch in der Partei selbst so gesehen; von „inhaltlicher Materialermüdung“ ist in einigen Landesverbänden die Rede. Westerwelle musste Anfang 2009 einlenken und versprach für die Zeit nach 2009 die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms.

Indes unterliefen der Parteiführung, anders als 2002, im Wahlkampf 2005 keine größeren Fehler. Dass Schwarz-Gelb am Ende abermals scheiterte, lag diesmal nicht an den Freien Demokraten, sondern an der Union, die das (zweit)schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr. SPD und CDU/CSU kamen zusammen auf gerade einmal

69,4 Prozent. Zum Vergleich: 1976, auf dem Höhepunkt der Bindekraft der Volksparteien, waren es noch 91,2 Prozent. Das zeigt die Krise der Volksparteien, denen neben den Wählern auch die Mitglieder davonlaufen, deutlich an. Die FDP konnte vom schlechten Abschneiden der Union profitieren; sie kam auf 9,8 Prozent. Dieses Ergebnis versetzte den Parteivorsitzenden trotz der Enttäuschung über die verpasste Regierungsbeteiligung in eine Lage, in der er zweierlei tun konnte: Da die FDP erstmals seit 1994 wieder vor den Grünen lag, ließ er seine Partei aus einer Position der Stärke heraus mit Union und Grünen die Option einer Jamaika-Koalition sondieren. Zudem konnte er der SPD, die nun heftig um eine Ampelkoalition warb, eine Absage erteilen. In der FDP sah man die Chancen einer Dreierkonstellation seinerzeit freilich realistisch. Man kannte die Bedenken der Grünen und man wusste auch um den Widerstand der CSU, insbesondere deren Münchner Landtagsfraktion. Die Sondierungsgespräche von Union, FDP und Grünen – das wussten die Beteiligten recht schnell – sollten vor allem ein Signal für 2009 senden; dann sollte nichts mehr unmöglich sein. Denn ein Weiteres war der FDP bewusst, was sie ein wenig über die verpasste Chance hinwegtrösten konnte: Die Bildung einer Großen Koalition würde den Volksparteien schaden und den kleinen Parteien nutzen. Die SPD würde weiter Stimmen an die neue Linkspartei und die Grünen verlieren. Und die Union würde wegen des Bündnisses mit den Sozialdemokraten gegenüber dem Wirtschaftsbürgertum eine offene Flanke bieten und Stimmen an die FDP verlieren.

Die Große Koalition nutzte der FDP tatsächlich in zweifacher Hinsicht: Da die CDU nun endgültig – und zwar schon lange vor der internationalen Finanzmarkt- und der folgenden Wirtschaftskrise – die Leipziger Reformbeschlüsse schleifen musste und als Partner der SPD nach links rückte, profilierte sich die FDP als letzte Bastion der

Marktwirtschaft. Umgekehrt hob sie sich in gesellschaftspolitischer und bürgerrechtlicher Hinsicht gegenüber der SPD ab, die nun so manche sicherheitspolitische Übertreibung des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble mittragen musste.

Zwangsläufig war das Erstarken der Liberalen indes nicht. Nach 2005 gab es durchaus neue Ungewissheiten und Gefahren. Einerseits gab es neben den beiden Dreierkonstellationen, die die FDP beinhalten – der Ampel- und der Jamaika-Koalition –, theoretisch eine dritte, ein Linksbündnis. Dieses – von der SPD auf Bundesebene abgeschlossen – bedrohte die strategische Stellung der Freien Demokraten, als der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck der hessischen Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, die im Wahlkampf ein solches Bündnis kategorisch ausgeschlossen hatte, Anfang 2008 in Hessen freie Hand für Rot-Rot-Grün, beziehungsweise eine durch die Linkspartei geduldete rot-grüne Minderheitsregierung ließ. Damit war auch die Glaubwürdigkeit der Bundes-SPD vorerst dahin und alle Schwüre, für 2009 gebe es keine Wechselwirkung zwischen Wiesbaden und Berlin, nahezu wertlos. Erst der Sturz Becks im September 2008 und die Installierung des Duos Müntefering (Parteivorsitz) und Frank-Walter Steinmeier (Kanzlerkandidatur) rehabilitierte die Bundespartei in dieser Frage.

Eine zweite, scheinbar weitaus größere Gefahr brachte die Finanzmarktkrise mit sich. Als im Herbst 2008 düstere Wolken über das Land zogen, die Bundesregierung in der Folge der Verwerfungen auf den internationalen Kapitalmärkten milliardenschwere Bürgschaften für Privatbanken vergab und ebenfalls milliardenschwere Konjunkturprogramme für die Realwirtschaft verabschiedete, um den Wachstumseinbruch abzumildern, da schien der FDP ein eisiger antikapitalistischer Wind ins Gesicht zu wehen. Das Ende des so genannten Neoliberalismus, der Deutsch-

land ohnehin nur rhetorisch erobert hatte, wurde nun von vielen freudig vorhergesagt. Tatsächlich aber – das zeigten nicht nur die Neuwahlen in Hessen im Januar 2009 (die aufgrund des Desasters der SPD unter besonderen Umständen stattfanden), sondern auch die bundesweiten Umfragen – profitierte die FDP davon, dass nun alle anderen Parteien ihren Marsch nach links begannen beziehungsweise fortsetzten.

Das liberale Wählerreservoir, eine Wählergruppe also, die auch in schwierigen Zeiten möglichst wenig staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und die Gesellschaft bevorzugt, mag in Deutschland – mentalitätsgeschichtlich bedingt – kleiner sein als in anderen westlichen Demokratien. Für zehn bis fünfzehn Prozent scheint es aber zu reichen. Jenes Reservoir, das sich bislang neben der FDP den linksliberalen Flügeln von SPD und Grünen sowie dem wirtschaftsliberalen Flügel der Union zuordnete, scheint nun mit Ausnahme der Grünen-Wähler relativ umfassend von der FDP gebündelt zu werden. Es ist gewiss zu früh, von einem Realignment zu sprechen. Kurzzeitig ist die Partei aber ein doppelter Krisenprofiteur: Die Krise der Volksparteien, die durch die Bildung der großen Koalition 2005 noch einen positiven Verstärker erhielt, und die Krise der Weltwirtschaft spielen ihr in die Hände.

Das bedeutet aber nicht zwangsläufig die Rückkehr zur Klientelpartei für besser verdienende Wählerschichten. Programmatisch hat sich die FDP in den vergangenen Jahren auf eine eher unspektakuläre Weise – nämlich über nicht gerade medienwirksame Antragsdebatten auf ihren Bundesparteitagen – nach und nach verbreitert. Sie hat auf diese Weise deutlich zu machen versucht, dass sie sich weiterhin als Partei für das ganze Volk, beziehungsweise der Leistungsbereiten in allen gesellschaftlichen Schichten sieht. Klientelpartei zu sein, hieß lange Zeit, „von 90 Prozent der Wähler gehasst zu werden, um von zehn Prozent

geliebt zu werden“ (Henning Kumrey). Als langjährige Regierungspartei konnte die FDP recht effizient die Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen vertreten, etwa die der vielzitierten Apotheker in der Gesundheitspolitik, aber auch die der Beamten. Als Oppositionspartei verfügte die FDP nicht mehr über diese Instrumente der Partei-Wähler-Bindung. Die programmatische Verbreiterung in den Jahren der Opposition muss auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

IV. Die FDP vor der Bundestagswahl 2009

Im Jahr der Bundestagswahl befindet sich die FDP seit elf Jahren in der Opposition. Ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender wird zum dritten Mal Spitzenkandidat sein. Seine Aufgabe ist es, die FDP um nahezu jeden Preis an die Regierung zurückzuführen. Die Lehre der Parteiführung aus der Bundestagswahl 2005 ist denn auch, dass sie für 2009 Koalitionspräferenzen äußert, aber keine Optionen ausschließen wird. Was 2005 die Position des Parteivorsitzenden stärkte – das Worthalten in der Koalitionsfrage – wäre 2009 sein Untergang. So wirbt die FDP für Schwarz-Gelb, wohl wissend wie wenig wahrscheinlich ein solches Bündnis arithmetisch ist. Für Dreierkonstellationen will die Partei keine Reklame machen. Das würde nur schaden. Wirtschaftsliberale Unionswähler, die sich enttäuscht von der großkoalitionären Union abwenden, könnten verschreckt werden.

Unter den Dreierkonstellationen ist eine Ampelkoalition wiederum die wahrscheinlichste, obwohl die SPD es schwer haben wird, stärker zu werden als die Union. Grund dafür sind nicht die Sozialdemokraten, sondern die Grünen. Bewegen diese sich nicht aus dem linken Lager, müsste die FDP springen. Die Alternative hieße für sie, in ordnungs-

politischer Reinheit edel zugrunde zu gehen. Die Grünen befinden sich im Jahr 2009 erst im vierten Jahr der Opposition; eine zweite Legislaturperiode ohne Regierungsämter ist für die Partei- und Fraktionsführung gewiss keine Wunschvorstellung, aber auch kein Weltuntergang – auch in persönlicher Hinsicht. Das unterscheidet sie derzeit von der FDP. Staatstragende Argumente für eine Regierung mit Roten und Grünen werden die Freien Demokraten finden – und sei es als liberales Korrektiv Schlimmeres – etwa die Fortsetzung der Großen Koalition oder gar ein Linksbündnis – verhüten zu wollen. In der Union weiß man um die Restriktionen der FDP – und die Westerwelles.

Die FDP verfügt nun über das, was ihr Parteivorsitzender seit mehr als zehn Jahren angestrebt hat: über mehrere Koalitionsoptionen. Selbst wenn es zu Schwarz-Gelb käme, würden beide Koalitionspartner dafür sorgen – und sei es über ihre Bündnispolitik in den Ländern – dass es nicht zu einer Renaissance des alten Lagerdenkens kommt. Angela Merkel hat lange darauf hingearbeitet, dass es auf Landesebene einen schwarzgrünen Testfall gibt, wie er nun in Hamburg existiert. Auch sie denkt gern in Optionen. Und die FDP wird sich unter Guido Westerwelle nicht wieder in die Babylonische Gefangenschaft der Union begeben. Für ihn waren die Erfahrungen des Jahres 1994 geradezu traumatisch. So pflegt die FDP-Führung seit einigen Jahren Kontakte nicht nur zur Union, sondern eben auch zu den diversen Vorsitzenden der SPD und selbst zu den Grünen der Nach-Fischer-Ära.

Für die FDP wäre ein Bündnis mit SPD und Grünen sicherlich ebenso gefährlich wie die Wendemanöver 1969 und 1982. Für die liberalen Mittelständler in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs wäre ein Ampelbündnis eine ebenso bittere Pille, wie es für die SPD- und Grünen-Linke eine Allianz mit den „Neoliberalen“ wäre. 1969 und 1982 konnte die FDP aus

freien Stücken das Lager wechseln, nun aber wäre sie fremdbestimmt. Welchen Preis die Liberalen dafür zahlen müssten, hinge ganz entscheidend davon ab, welche Position sie sich in einem solchen Bündnis erarbeiten. Neben dem Außenministerium, das der Parteivorsitzende anstrebt, müsste sie klassische liberale Kernressorts – das Wirtschafts-, das Justiz- oder das Bildungsministerium – anstreben, um sicherzustellen, nicht Mehrheitsbeschafferin für rot-grüne Projektpolitik zu sein. Die Chance dazu bestünde: In den siebziger Jahren erarbeitete sich die FDP den Ruf, arge sozialromantische Übertreibungen der SPD zu verhindern. Zudem: Eine einfache Neuauflage des rot-grünen Projektes unter Beteiligung der Gelben dürfte es auch deshalb nicht geben, weil unter Sozialdemokraten und Grünen beim Blick zurück auf das Regierungsgespann Schröder/Fischer keine nostalgischen Gefühle aufkommen wollen. Auch sie betrachten Koalitionen mittlerweile als Zweckbündnisse.

V. Perspektiven

Für Sozialliberale mag ein Bündnis der FDP und der Grünen mit einer Volkspartei – vornehmlich der SPD – wie die Chance für das ersehnte Aneinanderrücken der linksliberalen und der wirtschaftsliberalen Parteien erscheinen, die seit dem Kaiserreich gespalten sind. Für die allermeisten grünen wie liberalen Funktionäre hat die Vorstellung indes wenig Romantisches. Kulturell fällt beiden Parteien eine gemeinsame Konstellation auch deshalb so schwer, weil sie mindestens seit 20 Jahren im gleichen urbanen Milieu fischen und aufgrund großer inhaltlicher Schnittmengen die verbliebenen Unterschiede ideologisch aufladen müssen. Weil man sich so gleicht – in der Wählerschaft, nicht an der Parteibasis –, werden zur Profilierung der eige-

nen Identität, ja zur Selbstrechtfertigung der eigenen Existenz die Unterschiede geradezu kultiviert.

Der FDP fehlt unter ihren Wählern, ihren Mitgliedern und ihren Funktionären eine komplette Generation, die so genannten 78er, die einst urbane, hedonistische Jugend der späten 70er und frühen 80er Jahre. Ein Großteil dieser Generation fühlte sich damals von den Grünen angesprochen – er bildet heute die bürgerliche Basis dieser Partei. Mit diesen Leuten hat die FDP Westerwelles auf einer inhaltlichen Ebene sehr viel, habituell allerdings wenig bis gar nichts gemein. Die fast zeitgleich gegründeten Jungen Liberalen und die Grünen formierten sich entlang zweier Konfliktlinien: Gemein war ihnen die libertäre Staatsferne, an der Grenze zwischen Materialismus und Postmaterialismus schieden sie sich. Sie tun es – auf eine eher vordergründige Weise – bis heute. Es war kein Zufall, dass ein Teil der Jungdemokraten, der vormaligen, nach links abgedrifteten Jugendorganisation der FDP, damals in den Grünen aufging. In gewisser Weise ging es lange Zeit um die Diskrepanz zwischen Lebensführung und Lebensgefühl. Die erstere ist bei beiden durch und durch bürgerlich, letztere bei heute älteren Grünen auf eine eher kokette Weise antibürgerlich. Dieser Gegensatz wird aber demographisch bedingt immer bedeutungsloser.

Dreierkonstellationen sind ideologisch freilich heterogener als althergebrachte Lagerbündnisse. Das Regierungsgeschäft dürfte dadurch nicht leichter werden. Das ist die schlechte Nachricht. Gesellschaftliche Großversuche könnten dadurch aber auch unterbleiben. Das könnte die gute Nachricht sein. Mit der Zeit könnte das gemeinsame Regieren von Liberalen und Grünen neue Fragen aufwerfen. Auf dem linksliberalen Flügel der FDP gibt es heute schon Stimmen, die mittlerweile für eine Vereinigung der beiden Parteien eintreten. Orientiert man sich an Guido Westerwelle und Jürgen Trittin, scheint dies geradezu illu-

sorisch. In zehn, zwanzig Jahren mag das schon anders aussehen. Ob es die FDP, die im Dezember 2008 ihr 60jähriges Bestehen feierte, in ihrer heutigen Form noch weitere 60 Jahre geben wird, ist heute ungewisser denn je. Zwar hat sie gute Aussichten, 2009 auf Bundesebene in die Regierungsverantwortung zurückzukehren, doch wird eine Dreierkonstellation eine eigene Dynamik entfalten – und das Parteiensystem, das ohnehin schon in Bewegung ist, weiter verändern.